



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

29. November 2021

Ägypten

Todesurteile von 21 Personen durch Kassationsgericht bestätigt

Das Kassationsgericht bestätigte am 23.11.21 die Todesurteile von 21 Personen; diese waren der Beteiligung an 54 terroristischen Aktionen u.a. der Tötung eines Polizeibeamten und der versuchten Tötung des ehemaligen Innenministers Mohamed Ibrahim, schuldig gesprochen worden. Die zum Tode verurteilten Personen sollen der mit dem IS verbundenen, gewaltbereiten islamistischen Gruppierung Wilayat Sinai angehören.

Laut Amnesty International wurden 2020 mindestens 107 Personen hingerichtet.

Äthiopien

Ministerpräsident Abiy an äthiopischer Front

Ministerpräsident Abiy ist nach Angaben eines Regierungssprechers am 23.11.21 an die Front zu den Regierungstruppen gereist. Wie die staatliche Fana Broadcasting am 26.11.21 berichtete, befindet sich Abiy, der auch Oberbefehlshaber der Armee ist, in der nordöstlichen Region Afar. Abiy erklärte, dass man sich „jetzt in der Endphase der Rettung Äthiopiens“ befinde und der Krieg solange fortgesetzt werde, „bis wir den Feind begraben haben.“ Gleichzeitig forderte er die Bevölkerung auf, sich den Streitkräften im Kampf gegen die Tigray Defense Forces (TDF) anzuschließen. Auch prominente Sportler, Parlamentarier und Regionalpolitiker kündigten an, Abiy zu folgen. Demgegenüber heißt es von Seiten der TDF und ihres Bündnispartners, der Oromo Liberation Army (OLA), man stünde weniger als 200 km von der Hauptstadt Addis Abeba entfernt. Alle Berichte lassen sich nicht überprüfen, da der Zugang zu den umkämpften Gebieten nicht möglich ist und die äthiopische Regierung am 26.11.21 zudem eine Nachrichtensperre über alle mit den bewaffneten Auseinandersetzungen zusammenhängenden Informationen verhängte.

Keine Aussichten auf einen Waffenstillstand

Trotz internationaler Bemühungen blieben bislang alle Vermittlungsversuche zu einem Waffenstillstand erfolglos. So forderte UN-Generalsekretär António Guterres am 24.11.21 eine Waffenruhe und einen Dialog zwischen allen Beteiligten. Auch die USA mahnten eine Deeskalation und Verhandlungen an.

Unter Verweis auf Satellitenbilder berichtete Al Jazeera am 27.11.21, dass die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine Luftbrücke eröffnet hätten, um die äthiopische Regierung im Kampf gegen die TDF umfassend militärisch zu unterstützen.

Humanitäre Lage in Tigray verschlechtert sich

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) wies am 24.11.21 auf eine dramatische Zuspitzung der humanitären Lage im Norden Äthiopiens hin. Seit Wochen sei es nicht möglich gewesen Hilfslieferungen nach Tigray zu bringen, da die Kämpfe und sich der verändernde Frontverlauf den Zugang verhinderten. Hunderttausende

Binnenflüchtlinge blieben daher unversorgt. Am 26.11.21 wurde berichtet, dass erstmals seit Mitte Oktober 2021 wieder humanitäre Flüge der UN in Tigrays Regionalhauptstadt Mekelle stattfinden würden und 35 Lkws mit Hilfsgütern dort angekommen seien. Allerdings seien nach Angaben der UN täglich Hundert Lastwagen nötig, um den dringenden Bedarf in Tigray zu decken.

Äthiopien / Sudan

Sudanesisches Militär berichtet von toten Soldaten nach äthiopischem Angriff

Nach sudanesischen Militärquellen wurden bei einem Angriff äthiopischer Einheiten und Milizen auf einen sudanesischen Armeeposten in der umstrittenen Grenzregion al-Fashaga im Bundesstaat al-Qadarif (Gedaref) mindestens sechs sudanesischen Soldaten getötet. In einer Erklärung am 27.11.21 hieß es, die Soldaten hätten versucht die Bevölkerung einzuschüchtern und die Ernte zu vernichten. Der Angriff sei zurückgeschlagen worden. Äthiopien bestritt den Vorfall.

In der fruchtbaren Region kommt es seit November 2020 verstärkt zu bewaffneten Konflikten, nachdem der Sudan das Land für sich beansprucht und die dort seit Jahrzehnten siedelnden äthiopischen Bauern zum Verlassen der Region aufgefordert hat (vgl. BN v. 11.01.21 u. 08.02.21).

Afghanistan

Regierungsgeschäfte

Am 28.11.21 hat der Taliban-Premierminister Akhund angewiesen, die bisher eingefrorenen Gehälter von weiter tätigen Regierungsangestellten im Land freizugeben. Am selben Tag wurde die unabhängige afghanische Anwaltskammer (AIBA) geschlossen und formal dem Justizministerium unterstellt. Deren Unabhängigkeit sei nicht mehr gewährleistet. Am 27.11.21 erklärten die Taliban, eine 100.000 Mann starke Armee und eine eigene Luftwaffe aufbauen zu wollen. Am 26.11.21 beklagten sich weiterhin viele Bürgerinnen und Bürger in der Hauptstadt Kabul über die hohe Arbeitslosen- und Kriminalitätsrate. Am 23.11.21 haben die Taliban weitere 27 Ministerposten fast ausschließlich mit männlichen Klerikern neu besetzt. Eine inklusive Regierung ist nicht absehbar. Auch nach 100 Tagen im Amt sind die Taliban bisher nicht international anerkannt worden. Entgegen ihren Beteuerungen für die Menschenrechte, ist es z.B. vielen Frauen im Land nach wie vor nicht möglich, zu arbeiten. Das Innenministerium der Taliban hat erklärt, dass die Ausgabe von Pässen ab 25.11.21 in zehn Provinzen (Badakhshan, Parwan, Kapisa, Logar, Maidan Wardak, Ghazni, Daikundi, Faryab, Ghor und Nuristan) möglich sein soll. Währenddessen wurde die Ausgabe von Pässen in Kabul gestoppt. Am 22.11.21 haben die Taliban angekündigt, die afghanischen Botschaften neu zu besetzen. Bisher haben sie nur für die Botschaft in Pakistan neue Diplomaten ernannt.

Gesundheitssystem / Bildung

Laut Meldung vom 29.11.21 hätten die Hälfte der privaten Bildungseinrichtungen im Land seit Mitte August 2021 aufgrund wirtschaftlicher Probleme geschlossen. Am 23.11.21 haben die Taliban erklärt, dass sich die Masern in der Provinz Ghor derzeit stark verbreiteten und das Gesundheitssystem nicht in der Lage sei, den Ausbruch einzudämmen. Die Union der Pharmazeutischen Dienste Afghanistan hat am 23.11.21 erklärt, dass die Vorräte von Medikamenten knapp würden, da die Importe gestoppt worden seien.

Medien

Das Ministerium für die Förderung von Tugend und Vorbeugung von Lastern hat ein neues Mediengesetz erlassen, laut dem keine Schauspielerinnen mehr in Fernsehfilmen gezeigt werden dürfen und Journalistinnen in Nachrichtensendungen Hijab tragen müssen. Auch Männer müssen nicht genauer spezifizierten Kleidungsstandards entsprechen. Des Weiteren dürfen keine Sendungen gezeigt werden, die nicht den Prinzipien der Scharia entsprechen. Der Radiosender Hela in der Provinz Laghman hat seine Sendungen wegen finanzieller Schwierigkeiten und stärker werdender Zensur eingestellt.

Humanitäre Lage

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) stellte in seinem Weekly Market Price Bulletin für die dritte Novemberwoche 2021 fest, dass die Preise für Lebensmittel immer noch deutlich höher lägen als in der

letzten Juniwoche 2021. Die durchschnittliche Anzahl der Tage, an denen Gelegenheitsarbeiter Arbeit finden, lag durchschnittlich bei 1,4 Tagen pro Woche, was 42,1 % weniger ist als in der letzten Juniwoche. In vier Provinzen gibt es seit der vierten Augustwoche keine Arbeitsmöglichkeiten mehr, und zwar in Daykundi, Logar, Paktya und Panjsher, in Bamyán seit der zweiten Septemberwoche und in Badghis seit der dritten Novemberwoche. Am 22.11.21 hat das WFP jeweils 7.000 AFN (ca. 75 USD, Stand: 25.11.21) an mehrere vulnerable Familien in Kabul ausgezahlt. UNICEF habe laut Meldungen vom 24.11.21 in den letzten drei Monaten ca. 140.000 Kindern Zugang zu Bildung verschafft. Am 28.11.21 erklärten die UN, dass die ersten 60 Mio. USD an Hilfsgeldern ihr Ziel erreicht hätten.

Argentinien

Ergebnisse der Parlamentswahlen

Bei den Parlamentswahlen am 14.11.21 wurden insgesamt 127 der 257 Sitze in der Abgeordnetenversammlung sowie 24 Senatsitze neu besetzt. Gemäß offiziellem Endergebnis hat die Regierungskoalition Frente de Todos von Staatspräsident Fernández 33,6 % der Stimmen erhalten, während die Oppositionspartei Juntos por el Cambio 42% auf sich vereinen konnte. Damit einhergehend war der Verlust der absoluten Mehrheit des Mitte-Links-Bündnisses von Fernández im Senat. Ursächlich für den Popularitätsverlust der Regierung sind Medienberichten zufolge neben der Wirtschaftskrise mit hoher Inflation und Arbeitslosigkeit die gestiegenen Armutsraten, nochmals verschärft durch die COVID-19-Pandemie, sowie die Unklarheit über die Schuldentrückzahlung an den Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Wahlbeteiligung lag laut Innenministerium bei über 70 %.

Bangladesch

Proteste der Bangladesh Nationalist Party

Verschiedenen Medienberichten zufolge kam es seit dem 20.11.21 in verschiedenen Landesteilen zu Protesten, Demonstrationen und Hungerstreiks der Bangladesh Nationalist Party (BNP). U.a. in den Divisions Khulna und Barishal sowie im Distrikt Natore (Division Rajshahi) wurde von Verletzten in Zusammenhang mit Zusammenstößen zwischen Protestierenden und Polizeikräften berichtet. Die Regierung versetzte die Polizei landesweit in erhöhte Alarmbereitschaft. Die Protestierenden fordern, dass die schwer erkrankte Parteivorsitzende und ehemalige Premierministerin Khaleda Zia das Land für eine medizinische Behandlung verlassen darf. Die Regierung lehnte die Forderung bislang mit Verweis auf rechtliche Hürden ab.

Khaleda Zia wurde 2018 wegen Korruption zu einer Gefängnisstrafe von zehn Jahren verurteilt. Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurde sie auf Ersuchen ihrer Familie im März 2020 aus medizinischen Gründen temporär aus dem Gefängnis entlassen, darf das Land jedoch nicht verlassen. Wegen ihres kritischen Gesundheitszustandes wurde sie Anfang November 2021 in ein Krankenhaus in Dhaka eingeliefert.

UN-Resolution zu LDC-Graduierung

Die UN-Generalversammlung verabschiedete am 24.11.21 eine Resolution, mit der Bangladesch die Kategorie der Least Developed Countries (LDC) im Jahr 2026 verlassen kann. Zur Vorbereitung auf die Graduierung sowie um dem Land die Möglichkeit zu geben, die Folgen der COVID-19-Pandemie auszugleichen, wurde statt der standardmäßig vorgesehenen drei Jahre ein Vorbereitungszeitraum von fünf Jahren eingeräumt. Der Begriff LDC bezieht sich auf eine von den UN definierte Gruppe besonders armer Staaten. Neben Bangladesch umfasst die Resolution auch die Länder Laos und Nepal.

Brasilien

Tote Zivilisten nach gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei

Am 22.11.21 wurden in einem Mangrovensumpf nahe des Armenviertels Salgueiro im Großraum Rio de Janeiro mindestens acht Leichen gefunden. Während Anwohnerinnen und Anwohner von bewaffneten Zusammenstößen am vorangegangenen Wochenende zwischen Zivilisten und dem als besonders brutal geltenden Polizeibataillon 7 (BOPE) sowie Foltermalern an den Leichen berichten, bestätigte die Polizei bislang nur den Fund von acht Körpern

sowie eine Razzia am 21.11.21 nachdem am Vortag ein Polizeibeamter auf Streife in diesem Gebiet getötet worden war. Laut Angaben der NGO Fogo Cruzado war dieser jedoch bereits der 43. Polizeieinsatz im Bundesstaat Rio de Janeiro mit mindestens drei Todesopfern.

Burkina Faso

Demonstrationen

Hunderte demonstrierten am 27.11.21 in Ouagadougou gegen die wachsende extremistische Gewalt im Lande und für den Rücktritt von Präsident Roch Marc Christian Kaboré. Die Polizei setzte Tränengas zur Auflösung der von den städtischen Behörden verbotenen Demonstrationen ein. Demonstrierende errichteten Barrikaden und zündeten Autoreifen an. Es gab mehrere Verletzte, mehrere Personen wurden teils vorübergehend festgenommen. Auch in anderen Orten, darunter Dori (Region Sahel) und Kaya (Region Centre-Nord), gab es Demonstrationen. Die Koalition des 27. November, ein Zusammenschluss von drei Organisationen der Zivilgesellschaft, hatte zu den Demonstrationen aufgerufen.

Mobiles Internet nicht verfügbar

Am 20.11.21 wurde das mobile Internet des Landes für eine Dauer von vier Tagen nach offizieller Darstellung aus Gründen der Landesverteidigung und der öffentlichen Sicherheit abgeschaltet. Auch wurde eine weitere offizielle Begründung bekannt, wonach es Stille brauche, um die Toten des Anschlags von Inata (vgl. BN v. 22.11.21) in Würde zu begraben. Beobachter stellen eine Verbindung her zu jüngsten Protesten gegen einen Konvoi des französischen Militärs, der Burkina Faso durchquerte, und zu Vorwürfen gegen die Regierung, die extremistische Gewalt im Lande nicht wirksam zu bekämpfen (vgl. BN v. 22.11.21). Am 24.11.21 wurde die Abschaltung des mobilen Internets um weitere vier Tage verlängert.

Tote bei Anschlägen

Unbekannte töteten am 21.11.21 bei einem Angriff auf eine Einheit der Gendarmerie in Foubé (Region Centre-Nord) neun Angehörige der Gendarmerie und etwa ein Dutzend Zivilpersonen.

Bei einem weiteren Angriff am 24.11.21 in Thiou (Region Nord) starben drei Sicherheitskräfte und elf der Angreifer.

Chile

Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Am 21.11.21 wurden neben einem neuen Staatspräsidenten auch alle Mitglieder des Unterhauses des Kongresses sowie 27 von 50 Senatorinnen und Senatoren gewählt, zudem Regionalräte. Nach Auszählung aller Stimmen gab der Servicio Electoral am 22.11.21 bekannt, dass der ultrarechte, populistische Präsidentschaftskandidat José Antonio Kast mit fast 28 % die meisten Stimmen vor dem linken, ehemaligen Studierendenführer Gabriel Boric mit nahe 26 % erhalten hat. In einer Stichwahl am 19.12.21 wird zwischen beiden Kandidaten an den Rändern des politischen Spektrums der neue Staatspräsident gewählt. Die Wahlen fanden in einer Phase des soziopolitischen Wandels statt: Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den traditionellen Parteien ist hoch, in Folge der Proteste 2019 arbeitet eine Verfassungsgebende Versammlung nach wie vor an einer Verfassungsreform. Am 16.11.21 hatte der Senat zudem eine Amtsenthebung des aktuellen Präsidenten Piñera wegen Steuerhinterziehung final abgelehnt, der das Unterhaus zuvor zugestimmt hatte.

China

Hongkong: Aktivist unter nationalem Sicherheitsgesetz verurteilt

Am 23.11.21 wendete ein Gericht in Hongkong das Gesetz zur nationalen Sicherheit gegen den 20-jährigen Aktivist Tony Chung an und verurteilte ihn wegen Sezession und Geldwäsche zu drei Jahren und sieben Monaten Haft. Chung hatte 2016 die Gruppe Studentlocalism mitbegründet, deren Mitglieder sich für die Unabhängigkeit Hongkongs einsetzen. Der Vorwurf der Geldwäsche beruht auf Spenden, die Chung bis Oktober 2020 über einen Onlinebezahlndienst entgegengenommen hatte. Bereits im Dezember 2020 war Chung wegen Beleidigung der

chinesischen Flagge und der Teilnahme an einer unerlaubten Versammlung zu einer viermonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

DR Kongo

Demonstrationsveranstaltungen, -verbote, Festnahmen

Laut Presseberichterstattung veranstaltete die zivilgesellschaftliche Bewegung Génération Consciente (GC) Mitte September 2021 in der Hauptstadt Mbandaka der Provinz Équateur einen behördlicherseits untersagten Protestmarsch. Die GC fordert den Rücktritt des Provinzgouverneurs. Die Polizei habe den Protestmarsch aufgelöst und neben dem Vorsitzenden Joseph Bayoko mehrere Angehörige der GC festgenommen. Den Festgenommenen wird u.a. vorgeworfen, zur Rebellion aufgerufen zu haben. Wegen der Verbreitung der Botschaften der GC, die als „subversiv“ zu werten seien, sei dem privaten Sender Radio Télévision Sara die Lizenz für einen Zeitraum von 60 Tagen entzogen worden.

Christliche Laienbewegungen sowie diverse zivilgesellschaftliche Akteure und Oppositionsparteien, darunter die Gemeinsame Front für den Kongo (FCC) des Altpräsidenten Kabila sowie die LAMUKA-Plattform von Adolphe Muzito und dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Martin Fayulu riefen am 22.11.21 zu einer Sitzdemonstration vor dem Sitz der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission (CENI) auf. Zum Demonstrationsziel gehörte u.a. abermals die Forderung nach einer Entpolitisierung der CENI (vgl. BN v. 20.11.21). Der Gouverneur der Provinzstadt Kinshasa, Gentiny Ngobila Mbaka, ordnete bereits am 19.11.21 ein Demonstrationsverbot an, wobei er zur Begründung anführte, dass der Veranstaltungsort an der innerstädtischen Hauptverkehrsader liege und in einem Gebiet, das vor einiger Zeit offiziell zum neutralen, demonstrationsfreien Raum erklärt wurde. Im Übrigen seien vormalige Demonstration gewisser Mitveranstalter unfriedlich verlaufen. Nachdem rund 100 Personen dennoch demonstriert hätten, sei die Veranstaltung aufgelöst und mehrere Teilnehmende verhaftet worden. Einzelberichten zufolge sei es zum Einsatz von Polizeigewalt gekommen, u.a. gegen Abgeordnete der FCC des Altpräsidenten Joseph Kabila. Laut dem Provinzkommissar der Polizei der Stadt Kinshasa, Sylvano Kason, seien alle Festgenommenen wieder aus dem Polizeigewahrsam entlassen worden. Der Vorsitzende der protestantischen Laienbewegungen (CALCC), Jean-Bosco Lalo, sei vom Landgericht Gombe/Kinshasa vorgeladen worden. Die CALCC kritisiert den Versuch, kritische Stimmen mundtot zu machen und Bürgerinitiativen zu kriminalisieren. Zu dem möglichen Fortgang eines von den Demonstrationsorganisations für den 26.11.21 angekündigten Protestmarsches mit inhaltsgleichen Demonstrationszielen liegen gegenwärtig keine Informationen vor. Der Gouverneur der Provinzstadt Kinshasa habe frühzeitig ein Demonstrationsverbot verhängt.

Kasaï-Central: Häusliche Gewalt an der Tagesordnung

Unter Berufung auf mehrere NGOs berichtet das UN-Informationsradio Okapi am 26.11.21, dass häusliche Gewalt in der Provinz Kasaï-Central – wie landesweit (vgl. BN v.06.09.21) – weit verbreitet sei. Es gebe eine Kultur des Schweigens. Die NGO Femme main dans la main pour le développement du Kasaï führt an, dass die Gewalt gegen Frauen häufig in Verbindung mit der Aufrechterhaltung erniedrigender Bräuche einhergehen würde. Sexuelle Gewalt, insbesondere Vergewaltigungen werde gesellschaftlich bagatellisiert.

Nord- Kivu: Anstieg von Menschenrechtsverletzungen in Masisi und Lubero

Unter Berufung auf einen Bericht des Gemeinsamen Büro der Vereinten Nationen für Menschenrechte (BCNUDH) berichtet Okapi, dass in den ersten zehn Monaten des Jahres 2021 alleine in den Territorien Masisi und Lubero der Provinz Nord-Kivu mindestens 2.359 Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dokumentiert wurden, darunter extralegale und summarische Tötungen sowie verschiedene Formen der sexualisierten Gewalt. Im Berichtsvorjahr 2020 habe das BCNUDH noch achthundert Fälle dokumentiert. Seit fünf Jahren sei eine kontinuierliche Zunahme von Menschenrechtsverletzungen in den beiden Territorien zu konstatieren, für die sowohl nichtstaatliche Akteure als auch die kongolesischen Polizei- und Streitkräfte verantwortlich seien. Im Vergleich zum Vorjahr 2020 hätten im angegebenen Berichtszeitraum die den staatlichen Akteuren zuzuschreibenden Menschenrechtsverletzungen zugenommen. Auch in Hinblick auf die anderen Territorien der Provinz Nord-Kivu zeichnen nichtstaatliche und überstaatliche Stellen immer wieder ein kritisches Bild der Sicherheitslage, vor allem hinsichtlich des Territoriums Beni (vgl. BN v. 15.11.21).

Gambia

TRRC-Abschlussbericht enthält Empfehlung zur Strafverfolgung

Laut Medienberichten geht aus dem am 25.11.21 veröffentlichten Abschlussbericht der Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission (TRRC) u.a. die ausdrückliche Handlungsempfehlung an die Regierung hervor, noch nicht verfolgte Täter und/oder Beteiligte von Menschenrechtsverletzungen, die während der 22-jährigen Präsidentschaft von Yahya Jammeh verübt wurden, strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen. Im Rahmen von über 800 öffentlichen Anhörungen und auf der Grundlage von insgesamt 393 Aussagen (von Zeugen- aber z.T. auch Tätern) seien Verantwortliche von Menschenrechtsverletzungen und -verbrechen identifiziert worden. Diesen werden laut dem Vorsitzenden der TRRC, Dr. Lamin Sise, u.a. willkürliche und unrechtmäßige Verhaftungen und Inhaftierungen von Andersdenkenden, Folter, extralegale Tötungen, Verschwindenlassen, Vergewaltigungen, Kastrationen, sowie Hexenjagden und vorgetäuschte HIV-Behandlungen zur Last gelegt. Menschenrechtsorganisationen und weitere zivilgesellschaftliche Akteure, die die Regierung mehrfach zur Einleitung entsprechender Strafverfolgungsmaßnahmen aufgefordert haben, begrüßten das Drängen des TRRC auf Strafverfolgung. Amnesty International erklärte, dass einige Täter gegenwärtig weiterhin Teil des gambischen Sicherheitsapparates seien. In einer an die gambische Regierung gerichteten Erklärung forderte die Nationale Menschenrechtskommission (NHRC) diese u.a. zur vollumfänglichen Umsetzung aller Handlungsempfehlungen der TRRC und zur Bekämpfung von Straffreiheit auf.

NHRC: Fälle willkürlicher Festnahmen und unrechtmäßiger Inhaftierungen

In einer am 23.11.21 an die Regierung gerichteten Erklärung fordert die NHRC die Exekutive zur Respektierung ergangener Gerichtsentscheidungen sowie zur Einhaltung des verfassungsrechtlichen Verbotes willkürlicher Festnahmen auf. Die politische Aktivistin und Landesvertreterin von Global Hearts of Medical Mission (Global HOMM), Nenneh F. Gomez, sowie ein Mitarbeiter derselben Organisation seien wiederholt Opfer willkürlicher Festnahmen und unrechtmäßiger Inhaftierungen durch die Polizei geworden. Ihnen sei Hausfriedensbruch und böswillige Sachbeschädigung zur Last gelegt worden. Anlass sei ein Streit über die Nutzung eines Grundstückes. Global HOMM wirft der Regierung vor, ihnen ihr verfassungsmäßiges Recht auf Eigentum und die Freiheit ihrer Mitarbeiter vorzuenthalten. Nach ihrer Freilassung gegen Kautionszahlung und auf Klage von Nenneh F. Gomez hin stellte der Oberste Gerichtshof laut Medienbericht am 17.11.21 fest, dass die zeitweilige Festnahme und Inhaftierung rechtswidrig gewesen sei. Die nationale Polizeibehörde sei daraufhin zur Zahlung eines Schadensersatzes an die Klägerin verpflichtet worden.

Haiti

Freilassung zweier Geiseln

Laut Angaben der Organisation Christian Aid Ministries sind am 21.11.21 zwei der 17 im Oktober 2021 entführten amerikanischen und kanadischen Missionare freigelassen worden (vgl. BN v. 18.10.21).

Honduras

Politische Gewalt im Vorfeld der Wahlen

Vor den allgemeinen Wahlen am 28.11.21 hat die politische Gewalt vor allem gegen Oppositionsparteien der amtierenden Regierung (PNH) stark zugenommen. Am 15.11.21 wurde ein stellvertretender Bürgermeisterkandidat der Liberalen Partei (PLH) in Concordia, Olancho, erschossen. Bereits am 13.11.21 waren ein Kandidat derselben Partei sowie ein weiterer der Partei Libre bei Wahlkampfveranstaltungen erschossen worden. Zudem erlag bei der Abschlussfeier der Wahlkampagne der PLH in San Jerónimo, Copán, am selben Tag nach einem bewaffneten Angriff ein Jugendlicher seinen Verletzungen, zwei weitere Personen wurden in ein Krankenhaus gebracht. Laut Angaben der Gewaltbeobachtungsstelle der Nationalen Autonomen Universität (Observatorio de la Violencia de la Universidad Nacional Autónoma de Honduras (Unah)) wurden im Wahlkontext seit März 2021 insgesamt mindestens 22 Politikschaffende getötet, im Zuge der Vorwahlen weitere acht Personen. Damit hat sich die Zahl politisch motivierter Tötungsdelikte im Vergleich zu den Wahlen 2017 mehr als verdoppelt. Das

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die EU aktivierten in diesem Zusammenhang am 15.11.21 das Frühwarnsystem (SAT) für Wahlkonflikte.

Indien

Kaschmir: Menschenrechtsaktivist festgenommen

Am 22.11.21 wurde der Menschenrechtsaktivist Khurram Parvez in Srinagar nach „Anti-Terror-Gesetzen“ festgenommen. Diese auf unbestimmten Rechtsbegriffen beruhenden Regelungen des Unlawful Activities Prevention Act (UAPA) ermöglichen eine Festnahme ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit. Parvez war Koordinator der Organisation Jammu and Kashmir Coalition of Civil Society (JKCCS), die Menschenrechtsverletzungen in der Region dokumentiert. Das harte Vorgehen der indischen Sicherheitskräfte in Kaschmir ist ein immer wiederkehrendes Thema. Amnesty International kritisierte anlässlich der Festnahme die häufig rechtsmissbräuchliche Anwendung des UAPA.

Irak

Kämpfe gegen den IS in Diyala

Am 27/28.11.21 kam es zu mehreren Angriffen des IS auf Stellungen der Peschmerga in den umstrittenen Teilen der Provinz Diyala. Dabei kamen fünf Angehörige der Peschmerga ums Leben, weitere fünf wurden verletzt. Der Angriff erfolgte aus einem Gebiet, in dem weder Peschmerga noch irakische Streitkräfte effektive Kontrolle ausüben. Trotz verschiedener Versuche verbesserter Koordination, ist die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sicherheitskräften nach wie vor eher punktuell.

Proteste gegen Verheiratung eines zwölfjährigen Mädchens

Ein Video einer Bagdader Mutter, die sich mit der Bitte, ihre Tochter zu retten, an die Öffentlichkeit wandte, ging viral und sorgte für Proteste und staatliche Nachforschungen und schlussendlich am 28.11.21 für eine erste Anhörung vor Gericht. In dem Video berichtet die Mutter des Mädchens, dieses sei von einem 25-jährigen Verwandten seines Stiefvaters vergewaltigt und anschließend zur Heirat gezwungen worden. Das irakische Gesetz sieht eigentlich eine Verheiratung frühestens mit 15 Jahren vor, jedoch sind Kinderehen häufig. Es kam zu Protesten sowohl on- als auch offline; vor dem Gerichtsgebäude versammelten sich Demonstrierende, die gegen Kinderehen protestierten. Bisher gibt es kein abschließendes Urteil. Derzeit wird davon ausgegangen, dass etwa 20 % aller Ehen im Irak mit einer minderjährigen Braut geschlossen werden. Bisher haben die Nachforschungen offiziellen Statements zufolge allerdings kein Fehlverhalten feststellen können.

Iran

Proteste gegen Wasserknappheit in Isfahan enden gewaltsam

Laut Medienberichten vom 26.11.21 wurden in Isfahan (Zentraliran) Proteste gegen Wasserknappheit und schlechtes Wassermanagement von Sicherheitskräften aufgelöst. Dabei kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit Demonstrierenden und zum Einsatz von Tränengas und Gummigeschossen. Eine iranische Presseagentur berichtet unter Bezug auf einen Polizeisprecher von mindestens 67 Festnahmen, wonach auch gegen Vandalismus vorgegangen worden sei. Radio Farda berichtet unter Berufung auf die Organisation Human Rights News Agency (HRANA) von 214 Festnahmen. In sozialen Medien wurden Bilder von mehreren verletzten Protestteilnehmenden veröffentlicht, sowie Berichte von Brandstiftung an Zelten durch Sicherheitskräfte. Bereits seit Mitte November 2021 war es im trockengefallenen Flussbett des Zayandeh Rud und insbesondere im Umfeld der Pol-e Khvaju, einer von mehreren historischen Brücken im Stadtzentrum, zu großen Protestkundgebungen mit zuletzt mehreren tausenden Teilnehmenden gekommen, die sich zur Unterstützung der dort in Zelten campierenden Bauern versammelt hatten. Die Landwirte kritisieren bereits seit mehreren Jahren die Umleitung des Flusses in die Nachbarprovinz Yazd, welche sie neben zunehmenden Dürreperioden als Hauptursache für die Wasserknappheit betrachten. Auch in anderen Provinzen des Landes, u.a. Khuzestan, kam es bereits im Juli 2021 zur Eskalation von Protesten aufgrund von Wassermangel und dabei auch zu Todesfällen (vgl. BN v. 26.07.21).

Internationale Kritik nach umstrittener Hinrichtung

Die am 24.11.21 erfolgte Hinrichtung von Arman Abdolali hat international heftige Kritik u.a. seitens der EU, des Menschenrechtsrats der UN sowie von Menschenrechtsorganisationen ausgelöst. Arman Abdolali war nach dem mutmaßlichen Mord an seiner Freundin im Jahr 2013 im Rahmen eines Qisas-Urteils zum Tode verurteilt worden. Der Begriff qisas bezeichnet Vergeltungsstrafen. Diese sind im IStGB/3.Buch/Art. 289-447 geregelt. Da der Angeklagte zum Tatzeitpunkt minderjährig war, hatten sich die Justizbehörden, der Streitschlichtungsrat sowie zahlreiche Sozialaktivisten jahrelang vergeblich darum bemüht, von der Familie des Mordopfers das Einverständnis für eine Umwandlung der Todes- in eine Haftstrafe zu erwirken. Laut Menschenrechtsorganisation wurde die Leiche des Mädchens nie gefunden und der Mord polizeilich nie richtig aufgearbeitet. Amnesty International kritisiert, die Strafvollzugsbehörden hätten das Geständnis des jungen Mannes unter Folter in der Isolationshaft erzwungen. Der Angeklagte habe später sein Schuldgeständnis widerrufen.

Menschenrechtsverletzungen in Irans Kurdengebieten

Die kurdische Menschenrechtsorganisation Hengaw berichtet über 103 Fälle von Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Siedlungsgebieten Irans innerhalb des Monats Aban 1400 (23.10.-22.11.21). Dabei sollen vier Häftlinge bei Vorfällen in den Haftanstalten in Urumiyeh und Sanandaj ums Leben gekommen sein. Hinzu kommen mindestens zehn bewaffnete Angriffe auf Warenschmuggler an der westlichen Grenze durch die iranischen Grenzwächter. Dabei sollen ebenfalls vier Personen ums Leben gekommen sein. Die Organisation dokumentierte 64 Festnahmen im Zusammenhang mit politischen Anklagen. Fünf kurdische Aktivisten wurden zu einer Haftstrafe von insgesamt 15 Jahren und neun Monaten sowie zu 60 Peitschenhieben verurteilt. Schließlich werden noch sechs Opfer von Minenexplosionen in Baneh, Sardasht und Qasr-e Shirin erwähnt. Die Explosionen forderten ein Todesopfer und fünf Verletzte.

Außerdem berichtet Hengaw von Gewalt gegen Frauen in den Kurdengebieten. So seien von November 2020 bis November 2021 insgesamt 44 Frauen überwiegend durch Familienangehörige getötet worden. Insgesamt 107 kurdische Frauen hätten Selbstmord begangen. Besonders in der Provinz Kermanshah wurden zahlreiche Fälle von Selbstmord dokumentiert.

Jemen

Luftschläge in Sanaa

Die Anti-Houthi-Koalition unter Führung Saudi-Arabiens hat zwischen dem 23.11. und 27.11.21 mehrere Luftschläge gegen Ziele in Sanaa durchgeführt. Laut Angaben der Koalition richteten sich die Bombardierungen gegen militärische Einrichtungen. Die Houthis hingegen geben an, dass auch Wohnhäuser und eine Fabrik beschädigt worden seien und vermeldeten zwei Tote. Die Houthis hatten am 20.11.21 mehr als ein Dutzend Drohnen gegen Ziele in Saudi-Arabien abgefeuert (vgl. BN v. 22.11.21).

IOM: Verschlechterung der humanitären Lage in Marib

Laut IOM hat sich die Zahl der Binnenvertriebenen im Gouvernement Marib seit September 2021 verzehnfacht. Grund dafür ist der anhaltende Vormarsch der Houthi-Rebellen auf die Stadt Marib. Die Versorgungssituation in den Flüchtlingscamps verschlechterte sich zudem.

UNDP: 377.000 Kriegstote bis Ende des Jahres

In einem am 23.11.21 veröffentlichten Report gibt das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) an, bis Ende des Jahres 2021 mit 377.000 Kriegstoten seit Ausbruch des Konflikts im Jahr 2014 zu rechnen. Rund 60 % der Todesfälle werden dabei den indirekten Folgen des Krieges zugerechnet, etwa Hunger oder mangelnde medizinische Versorgung. Betroffen sind zumeist Kinder unter fünf Jahren, die 70 % der Todesopfer stellen.

Kamerun

Angriff auf eine Schule in der anglophonen Region Südwest

Am 24.11.21 kam es zu einem bewaffneten Angriff auf eine zweisprachige Schule in Ekondo Titi (Region Südwest). Bei dem Angriff sollen mindestens drei Schüler und ein Lehrer getötet und weitere Personen verletzt worden sein.

Bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt. Schulen gehören aber zu den öffentlichen Gebäuden, die bereits in der Vergangenheit Ziel von Angriffen bewaffneter Separatisten gewesen sind.

Kirgisistan

Früherer Strafvollzugsmitarbeiter berichtet über unmenschliche Behandlung Inhaftierter

Einem Aufruf des Staatspräsidenten Sadyr Zaparov folgend, wonach man sich im Falle von Korruption über die sozialen Medien direkt an ihn wenden möge, hat Akzol Raimberdiev, ein früherer Mitarbeiter der kirgisischen Strafvollzugsbehörde, ein Video auf YouTube veröffentlicht, in dem er Korruption und unmenschliche Behandlung in der Strafkolonie Nr. 31 und besonders gewaltsame Übergriffe der Mitarbeiter gegenüber Gefangenen beschreibt. Nach der Veröffentlichung des Videos wurde Raimberdiev aus dem Dienst entlassen, weil er dienstliche Geheimnisse preisgegeben haben soll. Gemäß den Angaben der kirgisischen Strafvollzugsbehörde seien zudem interne Untersuchungen erfolgt, die die Vorwürfe Raimberdievs nicht bestätigen konnten. Menschenrechtsorganisationen und das nationale Zentrum für die Prävention von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung (eine kirgisische Behörde) weisen regelmäßig darauf hin, dass es im kirgisischen Strafvollzug zu Folter und unmenschlicher Behandlung kommt.

Kolumbien

Fünf Jahre FARC-Friedensabkommen: USA planen Streichung als Terrororganisation, Gebietsblockaden

Am 24.11.21 war der fünfte Jahrestag des Friedensabkommens mit der ehemaligen Guerillaorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC). Die FARC steht seit 1997 auf der US-Terrorliste, soll nun allerdings Ende November/Anfang Dezember 2021 von dieser Liste genommen werden. Der über 50 Jahre dauernde Konflikt von FARC, Streitkräften und weiteren bewaffneten Gruppen hat über 220.000 Menschen das Leben gekostet und wurde 2016 mit einem Waffenstillstandsabkommen beendet. Seither haben allerdings zahlreiche ehemalige Kämpfer ihre Waffen wieder aufgenommen, Splittergruppen haben sich gebildet, und andere bewaffnete Gruppen sind in ehemalige FARC-Gebiete vorgedrungen. Fälle interner Vertreibung durch entsprechende Gruppen sind 2021 im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich gestiegen, NGOs sprechen außerdem von Blockaden verschiedener Gebiete entlang der Pazifikküste, insbesondere in der Region Chocó. Dort sind große Teile vor allem indigener und afro-kolumbianischer Bevölkerung durch von bewaffneten Gruppen gelegte Minen oder bewachte Wege von medizinischen oder Hilfslieferungen abgeschnitten, NGOs wird im Regelfall der Zugang verwehrt.

Kuba

Unterbindung von Protesten, Festnahmen Oppositioneller

Anstatt der durch das Oppositionskollektiv Archipiélago angekündigten Proteste wurden am 15.11.21 die Häuser zahlreicher Dissidenten von Sicherheitskräften und regierungstreuen Zivilisten blockiert, zwischen elf und 40 Personen wurden verschiedenen Medienberichten zufolge verhaftet. Zudem sei eine Militarisierung des öffentlichen Raums sowie verstärkte Polizeipräsenz auf den Straßen verzeichnet worden. Am 17.11.21 landete der Aktivist und Anführer der Bewegung Yunior García Aguilera in Madrid. Nach eigenen Angaben habe er aufgrund der andauernden Anfeindungen, Diskreditierung, Unterdrückung und Beleidigungen gegen seine Person Kuba temporär verlassen.

Libanon

Wirtschaftslage

Weiterhin verschärft sich die wirtschaftliche Situation des Landes. Das libanesische Pfund wurde auf dem Schwarzmarkt zuletzt mit mehr als 25.000:1 zum US-Dollar gehandelt (der langjährige offiziell an den US-Dollar gebundene Wechselkurs war 1500:1). Am 26.11.21 stürmte eine Gruppe von Protestierenden ein Gebäude des Ministeriums für Soziale Angelegenheiten und entfernte dort ein Bild des Präsidenten Michel Aoun. Der Protest

richtete sich gegen die stark verzögerte Vergabe von Rationskarten an bedürftige Familien, die das System der generellen Subventionierung von Lebensmitteln ersetzen soll. Lebensmittelpreise sind quer durch alle Segmente des Marktes in den letzten zwei Jahren um ein Mehrfaches gestiegen.

Libyen

Saif al-Islam al-Gaddafi als Präsidentschaftskandidat disqualifiziert

Am 24.11.21 hat die Wahlkommission die Kandidatur von Saif al-Islam al-Gaddafi, Sohn des ehemaligen Machthabers Muammar al-Gaddafi, für die Ende Dezember 2021 stattfindende Präsidentschaftswahl abgelehnt. Die Militärstaatsanwaltschaft in Tripoli hatte auf die Disqualifizierung Saif al-Islams aufgrund seiner Verurteilung 2015 für Kriegsverbrechen während des Volksaufstandes 2011 gedrängt. Von den 98 Präsidentschaftskandidatinnen und -kandidaten wurden neben Saif al-Islam 24 weitere Kandidierende von der Wahlkommission abgelehnt; gegen die Entscheidung können die Betroffenen Berufung einlegen. In der südlibyschen Stadt Sabha wurde am 25.11.21 das Gericht durch eine bewaffnete Gruppe gehindert, im Berufungsprozess von Saif al-Islams Präsidentschaftskandidatur zu entscheiden.

Marokko

Angriff der Polisario-Front auf marokkanische Streitkräfte in der Westsahara

Nach einer Mitteilung der sahrauischen Presseagentur SPS haben Streitkräfte der Polisario-Front am 26.11. und 27.11.21 Streitkräfte der marokkanischen Armee entlang der Mauer bei Feddat El-Mers, Guelb Diret, Agurara El-Frisk, Sabkhet Tnouched und Tedjallet Etalh angegriffen. Die seit 13.11.20 verstärkten Angriffe der Polisario-Front auf marokkanische Streitkräfte in der Westsahara sollen erhebliche Opfer und materielle Schäden auf der marokkanischen Seite gefordert haben.

Mexiko

Besuch des UN-Ausschusses gegen gewaltsames Verschwindenlassen

Vom 15.11. bis 26.11.21 hat der Ausschuss der UN gegen gewaltsames Verschwindenlassen einen Ortsbesuch in Mexiko zur Untersuchung der dortigen Situation inklusive der Bewertung der Präventionsmaßnahmen sowie rechtlichen Aufarbeitung des entsprechenden Delikts vorgenommen. Seit 1964 sind laut offiziellem Register 94.426 Personen verschwunden, die Straffreiheit liegt bei 97 %, 52.000 Tote sind nach wie vor nicht identifiziert. In einer abschließenden Pressekonferenz am 26.11.21 äußerte sich der UN-Ausschuss besorgt über die fehlende Umsetzung von Empfehlungen aus früheren Jahren sowie die stark angestiegenen Fallzahlen während der COVID-19-Pandemie. Künftig soll jedoch laut mexikanischen Regierungsangaben eng zusammengearbeitet werden, um entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Montenegro

Mangelnde Strafverfolgung bei Geldwäsche; Vorwürfe gegen Präsident Đukanović

Experten des Europarates kritisieren in einem Bericht vom 23.11.21, dass mutmaßliche Fälle von Geldwäsche in Montenegro selten zu Ermittlungen, Strafverfolgung und Verurteilungen führen. Die Regierung müsse die Prävention in diesem Bereich ausbauen und sicherstellen, dass Schwarzgeld in dem Finanzsystem des Landes nicht zirkulieren kann. Zudem stellt der Bericht fest, dass strafrechtliche Sanktionen für Geldwäsche ausschließlich auf Absprachen zwischen Anklage und Verteidigung beruhen, wodurch das Strafmaß meist niedrig ausfällt. Des Weiteren liegen keine öffentlichen Statistiken über die Beschlagnahme von Erträgen aus Straftaten vor, so dass die Wirksamkeit dieser staatlichen Maßnahmen kaum beurteilt werden kann.

Staatspräsident Milo Đukanović selbst ist mit Vorwürfen der Verstrickung in Geldwäsche konfrontiert. Am 13.11.21 veröffentlichte das Investigativnetzwerk BIRN abgehörte Gespräche des albanischen Ölunternehmers Rezart Taçi, in dem er Đukanović belastet. Einen Tag zuvor hatten die albanischen Behörden einen Haftbefehl gegen Taçi wegen

Geldwäsche und Bildung einer kriminellen Organisation erlassen. Der Präsident weist jegliche Vorwürfe von sich und bestreitet, Taçi zu kennen.

Myanmar

Gewalt in mehreren Landesteilen, Festnahmen von medizinischem Personal

Zwischen dem 21.11. und 24.11.21 kam es zu tödlichen Zusammenstößen zwischen dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) und lokalen Widerstandsgruppen (People's Defence Forces, PDF) in Gangaw (Region Magway), Launglon (Region Tanintharyi), Kalay (Region Sagaing), Thantlang (Bundesstaat Chin), Demoso und Loikaw (Bundesstaat Kayah). In der Gemeinde Taze (Sagaing) flohen infolge der Stationierung von mehreren hundert Tatmadaw-Soldaten etwa 5.000 Menschen aus elf Dörfern in umliegende Wälder.

Am 22.11.21 nahmen Sicherheitskräfte bei der Durchsuchung einer Kirche in Loikaw (Bundesstaat Kayah) 18 medizinische Fachkräfte fest, die dort 48 teils verletzte und teils an COVID-19 erkrankte Personen behandelten. Bei den Patientinnen und Patienten handele es sich der Junta zufolge um Mitglieder „terroristischer Vereinigungen“. Einige der Festgenommenen waren zuvor bereits wegen Aufwiegelung angeklagt worden, weil sie sich an der Bewegung des zivilen Ungehorsams beteiligt hatten.

Am 26.11.21 äußerten sich die USA, Australien, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Südkorea und Großbritannien in einer gemeinsamen Erklärung besorgt über die Militäroffensive der Tatmadaw im Bundesstaat Chin und den Regionen Sagaing und Magway. Durch den Einsatz schwerer Waffen bei Artilleriebeschüssen und Luftangriffen und die Entsendung tausender Truppen würden unverhältnismäßig viele Zivilpersonen getroffen. Zudem gebe es aus dem Gebiet besonders viele Berichte über Misshandlungen einschließlich Folter und sexueller Gewalt. Die sieben Nationen forderten das sofortige Ende der Gewalt in Myanmar und der operativen Unterstützung des myanmarischen Militärs durch andere Länder.

Nicaragua

Neue Sanktionen, Ankündigung des Rückzugs aus der OAS, Verhaftung des ehemaligen OAS-Botschafters

Nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl in Nicaragua verhängten die USA, Kanada und UK am 15.11.21 weitere Sanktionen gegen der Ortega-Regierung nahestehende Personen. Am 19.11.21 informierte Außenminister Denis Moncada Colindres zudem über die Ankündigung des Rückzugs Nicaraguas aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) per Brief an deren Generalsekretär Almagro. Dieser Prozess dauert im Regelfall zwei Jahre. Am 22.11.21 wurde der ehemalige Botschafter Nicaraguas bei der OAS, Edgar Parrales, festgenommen. Parrales hatte sich in der Vergangenheit mehrfach medienwirksam regierungskritisch geäußert. Bereits im Vorfeld der Wahl war am 09.11.21 die Aktivistin Samantha Jirón unter bisher ungenannten Gründen festgenommen worden. Insgesamt sind laut Angaben der NGO Mecanismo para el Reconocimiento de Personas Presas Políticas im November 2021 27 Personen aus politischen Gründen festgenommen worden, 17 davon gehören entweder einer Partei oder Organisation an, die restlichen Personen sind unter anderem Aktivistinnen und Aktivisten. Am 26.11.21 bestätigte der Oberste Wahlrat offiziell die Wiederwahl von Staatspräsident Ortega sowie Vizepräsidentin Murillo ebenso wie die 75 Parlamentssitze der Regierungspartei Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) (vgl. BN v. 15.11.21).

Niger

Tote nach Blockade eines französischen Militärkonvois

Medienberichten zufolge sind am 27.11.21 in der Ortschaft Tera unweit der Grenze zu Burkina Faso nach einer Blockade eines Konvois des französischen Militärs durch Protestierende mindestens zwei Menschen getötet und 18 verletzt worden. Der Konvoi mit mehr als 100 Fahrzeugen sei Teil der Operation Barkhane und aus Burkina Faso gekommen, wo er bereits eine Woche durch eine Blockade von Demonstrierenden aufgehalten worden sei (vgl. BN v. 22.11.21). Laut einer Erklärung des nigrischen Innenministers sei es zu den Toten und Verletzten gekommen, als die französischen Truppen versucht hätten, sich zu befreien. Der Sprecher des französischen Militärs, Pascal Ianni, habe erklärt, dass Angehörige der französischen Streitkräfte und der nigrischen Militärpolizei Warnschüsse abgegeben hätten, um die Menge zu zerstreuen. Er könne die Berichte über Opfer jedoch weder bestätigen noch

dementieren. Französische Soldaten seien nicht verwundet worden, jedoch seien zwei zivile Fahrzeugführer verletzt worden. In der Zwischenzeit habe der Konvoi seine Fahrt in die Hauptstadt Niamey fortsetzen können. Das endgültige Ziel sei der zentrale Barkhane-Stützpunkt in der malischen Stadt Gao.

Nigeria

Entführungsfälle in mehreren Bundesstaaten

Laut Medienberichten haben Unbekannte am 21.11.21 eine größere Anzahl von Personen entführt, die im nördlichen Bundesstaat Kaduna auf der Autobahn Abuja-Kaduna unterwegs waren. Auch sei bei dem von der Polizei bestätigten Vorfall eine Person zu Tode gekommen. Augenzeugen hätten von mindestens 40 Entführungsoffern und weiteren Toten gesprochen. Als wichtige Verbindungsstraße zwischen Nord- und Südnigeria kamen auf der Autobahn Abuja-Kaduna bereits in der Vergangenheit wiederholt Attacken von unbekanntem Angreifern vor. Nach Einschätzung von Beobachtern werden nicht alle Vorfälle öffentlich bekannt. Für Aufsehen sorgte auch die Entführung eines hohen Polizeibeamten am 26.11.21 im südlichen Bundesstaat Edo. Laut Medienberichten fordern die Kidnapper für seine Freilassung 50 Mio. NGN (rd. 108.000 EUR, Stand: 29.11.21).

Dutzende Entführungsoffer im Nordwesten freigegeben

Im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara hat die Polizei 24 Opfer verschiedener Entführungsfälle retten können. Das geht aus Medienberichten vom 24.11.21 hervor, die sich auf offizielle Behördenangaben vom Vortag berufen. Einige der Befreiten hätten mehr als 60 Tage in Gefangenschaft verbracht. Zamfara gilt als einer der von Entführungen und anderen kriminellen Aktivitäten bewaffneter Banden besonders betroffenen Bundesstaaten.

Regierung: Boko Haram und ISWAP erweitern Aktionsradius

Die bisher vor allem im Nordosten Nigerias aktiven dschihadistischen Gruppierungen Boko Haram und Islamic State West Africa Province (ISWAP) sollen ihren Aktionsradius zuletzt Richtung Nordwestnigeria ausgeweitet haben. So nigerianische Medien am 24.11.21 unter Berufung auf Angaben von Vertretern des nordwestlichen Bundesstaates Niger. Schon am 16.11.21 hatten Medien unter Berufung auf einen Vertreter des Bundesstaats Niger berichtet, dass Boko Haram dort in den Bezirken Shiroro und Rafi mindestens sechs Gemeinden unter Kontrolle bringen konnte. Tausende Einwohner der betroffenen Gemeinden in den Bezirken Shiroro und Rafi seien infolge der Attacken geflohen, andere hätten sich den Angreifern angeschlossen. Bereits in der Vergangenheit vermuteten Beobachter der Situation in Nordnigeria, dass es bei Aktivitäten örtlicher Krimineller zu einer Art Kooperation mit Dschihadisten kommt (vgl. BN v. 21.12.20).

Gewalterfahrungen nigerianischer Frauen seit Beginn der COVID-19-Pandemie

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie haben 48 % der nigerianischen Frauen mindestens eine Form von Gewalt erlebt. Das ist ein Ergebnis des am 24.11.21 veröffentlichten UN-Berichts „Measuring the shadow pandemic: Violence against women during COVID-19“. Ausweislich des Reports sind die häufigsten Erscheinungsformen der geschilderten Gewalterfahrung verbaler Missbrauch und Verweigerung grundlegender Ressourcen (23 %), Verweigerung von Kommunikation (21 %), sexuelle Belästigung (16 %) sowie körperlicher Mißbrauch (15 %). Der Bericht nimmt neben Nigeria 13 weitere Länder in den Blick.

Pakistan

ai zum erzwungenen Verschwinden

Am 22.11.21 nahm Amnesty International (ai) zum von Seiten des Staates veranlassten Verschwindens Stellung. In derartigen Fällen leugnen staatliche Stellen, eine bestimmte Person festzuhalten, und weigern sich, Informationen über ihr Schicksal oder ihren Aufenthaltsort preiszugeben. In Pakistan seien seit Mitte der 1980er Jahre derartige Fälle dokumentiert. Seit Anfang der 2000er Jahre werde diese Praxis von den pakistanischen Geheimdiensten routinemäßig gegen Medienschaffende, Oppositionelle, für Menschenrechte eintretende Personen und kritische Studierende angewandt. Vereinzelt sei der Verbleib Hunderter von Opfern seit Jahrzehnten unbekannt. Die zurückgebliebenen Familien litten gesundheitlich, hätten nicht selten ihre finanzielle Sicherheit verloren und seien von Stigmatisierung sowie sozialer Isolation betroffen.

Muslime wegen Blasphemie festgenommen

Am 18.11.21 wurden vier muslimische Männer in der Nähe von Lahore (Punjab) wegen Blasphemie festgenommen. Vorausgegangen war ein Streit mit einem Imam, der sich weigerte, in seiner Moschee ein Begräbnis für Christen anzukündigen. In bestimmten Fällen ist für Blasphemie die Todesstrafe vorgesehen. Zwar gab es aufgrund von Verurteilungen wegen Blasphemie noch keine Hinrichtungen, doch haben Anschuldigungen wegen dieser Straftat in Dutzenden Fällen zu Lynchmorden geführt.

Republik Kongo

Mehrere Todesfälle in Polizeihaft

Mehrere Menschenrechtsorganisationen erklärten, dass es am 05.11.21 zu sechs Todesfällen in den Polizeihaftanstalten der Hauptstadt Brazzaville kam. Sie forderten eine unabhängige Untersuchung jedes Todesfalles in Polizeihaft. Der Kommunikationsminister und Regierungssprecher Thierry Mougalla führte alle Todesfälle auf die derzeitige chronische Überbelegung zurück. Die Haftbedingungen in den Polizeihaftanstalten der Hauptstadt Brazzaville werden als ausgesprochen schlecht beschrieben und es gibt Berichte über Gewalttote, für welche sowohl Bedienstete der Polizei als auch Häftlinge verantwortlich gemacht werden (vgl. BN v. 04.10.21).

Anstieg der Nahrungsmittel- und Ernährungsunsicherheit

Laut der Vertreterin der UN- Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) in der Republik Kongo, Yannick Ariane Rasoarimanana, verschlechterte sich die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit in den letzten Jahren zunehmend. Den aktuellsten Daten aus dem Jahr 2021 zufolge seien rd. 51,7 % der Gesamtbevölkerung von schwerer Ernährungsunsicherheit und ca. 35,5 % von Unterernährung betroffen. Bei Kindern unter fünf Jahren läge die Wachstumsverzögerungsrate bei 18 %.

Russische Föderation

Leiter des Strafvollzugsdienstes nach Veröffentlichung von Foltervideos suspendiert

Die russische Präsidialverwaltung teilte am 25.11.21 mit, dass Staatspräsident Wladimir Putin den Leiter des Föderalen Strafvollzugsdienstes, Alexander Kalaschnikow, von seinen Aufgaben entbunden und durch den stellvertretenden Innenminister Arkadi Gostew ersetzt hat. Menschenrechtsorganisationen hatten im Oktober 2021 zahlreiche Videos veröffentlicht, die Szenen von Folter und anderen Misshandlungen von Häftlingen zeigen sollen (vgl. BN v. 11.10.21). Kalaschnikow entließ daraufhin Bedienstete des Strafvollzugs wegen Folter von Gefangenen und den Leiter des Gefängniskrankenhauses in Saratow. Gegen mehrere Bedienstete wurden Strafverfahren eingeleitet. Medienberichten zufolge zog Putin mit dem Wechsel an der Spitze des Strafvollzugsdienstes eine Konsequenz aus der Veröffentlichung. Eine grundlegende Reform des Strafvollzugsystems wurde bislang nicht eingeleitet.

Somalia

Anschlag

Am 25.11.21 kamen bei einem Selbstmordanschlag in der Nähe einer Schule in Mogadishu mindestens acht Personen ums Leben, weitere 23 Personen wurden teils schwer verletzt. Unter den Todesopfern befinden sich Berichten zufolge auch Schulkinder. Die Autobombe zielte auf einen Militärkonvoi einer Friedensmission der Afrikanischen Union ab. Al-Shabaab reklamierte den Angriff für sich. Ob sich unter den Toten und Verletzten UN-Personal befindet, ist nicht bekannt.

Sri Lanka

Wirtschaftskrise: steigende Lebensmittelpreise, Proteste, Einfuhrverbot für Düngemittel aufgehoben

Sri Lanka befindet sich nach wie vor in einer schweren Wirtschaftskrise. Ein Mangel an Devisen führt zu Engpässen bei Lebensmitteln, Rohöl und anderen grundlegenden Gütern. Ende August 2021 rief Präsident Gotabaya Rajapaksa den Notstand aus (vgl. BN v. 06.09.21). Berichten zufolge wurde wegen schwindender Devisenreserven am 16.11.21 die einzige Ö raffinerie des Landes geschlossen. Am 24.11.21 hob die Regierung das im April 2021 beschlossene Verbot zum Import und zur Anwendung von Kunstdünger und chemischer Pflanzenschutzmittel auf. Durch die Regelung sollte Sri Lanka das erste Land der Welt mit ausschließlich biologischem Landbau werden. Bereits seit mehreren Monaten protestieren in der Landwirtschaft Tätige gegen die Importbeschränkungen und warnen vor geringeren Ernten. Kritisiert wird zudem, dass keine Vorbereitungszeit für den Übergang zu ausschließlich biologischer Landwirtschaft eingeräumt und Landwirtinnen und Landwirte am Entscheidungsprozess nicht beteiligt wurden. Bereits Mitte Oktober 2021 erlaubte die Regierung die Einfuhr von Kunstdünger für Teeplantagen, um den wichtigen Wirtschaftszweig des Landes nicht zu gefährden. Am 16.11.21 kam es in der Hauptstadt Colombo zu einer von der Opposition organisierten Demonstration mit mehreren Tausend Teilnehmenden. Sie warfen der Regierung vor, dass die Entscheidung das Land auf ökologischen Landbau umzustellen und die Einfuhr chemischer Düngemittel zu verbieten, drohe zu einer Nahrungsmittelkrise zu führen. Zuletzt haben sich Medienberichten zufolge die Preise für Reis, Gemüse und anderer Grundnahrungsmittel innerhalb einer Woche beinahe verdoppelt und Supermärkte rationierten die Verkaufsmengen.

Sudan

Anhaltende Proteste

Die Proteste gegen den Militärputsch vom 25.10.21 setzten sich auch am 21.11.21 fort. Zehntausende Menschen demonstrierten Medienberichten zufolge in mehreren Städten des Landes gegen das unterzeichnete Abkommen zwischen General El-Burhan und Premierminister Hamdok. Sie lehnen eine Kooperation und weitere Verhandlungen mit dem Militär bzw. den militärischen Führern des Putsches strikt ab und fordern eine rein zivile Regierung. Aus Protest gegen das Abkommen distanzierte sich die Partei Forces for Freedom and Change (FFC) öffentlich davon. Zusätzlich gaben elf Minister bekannt, ihr Rücktrittsgesuch an Premierminister Hamdok gesandt zu haben. Nachdem am 27.11.21 zwar einige zivile Akteure und oppositionelle Politiker freigelassen wurden, wurden manche von ihnen noch am gleichen Tag erneut inhaftiert. Wie viele Menschen aktuell im Zuge des Militärputsches und der anschließenden Demonstrationen inhaftiert sind, ist nicht bekannt. Am 25.11.21 kam es zu einem weiteren „Marsch der Millionen“ in allen Hauptstädten der Bundesstaaten. Zehntausende Demonstrierende folgten dem Aufruf mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen und oppositioneller Parteien, gegen den Militärputsch und das Abkommen zwischen Premierminister Hamdok und dem Militär zu protestieren. Dabei wurde auch der 42 Menschen gedacht, die bisher im Zuge des Militärputsches ums Leben gekommen sind. Die Sicherheitskräfte gingen Medienberichten zufolge mit massiver Gewalt gegen die Demonstrierenden vor, sodass es zu mehreren Verletzten gekommen sei. Am 27.11.21 gab Premierminister Hamdok bekannt, den Polizeichef und seinen Stellvertreter aufgrund der hohen Gewaltanwendung der Polizeikräfte entlassen zu haben. Entgegen der Zusage sich nicht mehr in exekutive Angelegenheiten der Regierung einzumischen ernannte der Souveränitätsrat – unter der Führung von General El-Burhan – mit Abdelaziz Fatih al-Rahman einen Mann zum Leiter des Justizwesens, der diesen Posten bereits unter Omar al-Bashir innehatte. Die politische Opposition kritisierte Hamdok als „Angestellten der Militärjunta“ und als „Marionette“ des Militärs.

Erneute innerkommunale Kämpfe

Neben den Demonstrationen gegen den Putsch vom 25.10.21 kommt es weiterhin zu innerkommunalen Kämpfen und Auseinandersetzungen in einigen Regionen des Landes. Wie die UN-Mission UNITAMS berichtete, nehmen die Kämpfe an Intensität zu. Besonders betroffen sind die Regionen West-Darfur und Nord-Darfur. So überfielen Anfang November 2021 bewaffnete Personen im Bezirk Jebel Moon, in der Region West-Darfur, 46 Dörfer nahe der Grenze zum Tschad. Weiteren Berichten zufolge seien auch Camps für Binnenflüchtlinge unter den Angriffszielen gewesen. Die Dörfer wurden geplündert und niedergebrannt. Es sei außerdem zu Entführungen und Vergewaltigungen gekommen. Das Zentralkomitee Sudanesischer Ärzte berichtete dagegen von 17 getöteten

Menschen und acht niedergebrannten Dörfern. Die Auslöser für die Kämpfe sind weitgehend unbekannt, wobei manche Berichte davon ausgehen, dass es sich um Streitigkeiten zwischen arabischen Nomaden und sesshaften Farmern über den Besitz von Vieh und die Nutzung von Weideland handele. Insgesamt seien zumindest 43 Menschen getötet, mehrere verletzt und tausende Dorfbewohner vertrieben worden. Aufgrund der stets schwierigen Sicherheitslage im Bezirk Jebel Moon war der Zugang für humanitäre Organisationen ohnehin eingeschränkt. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen haben sie ihre Arbeit zeitweise komplett eingestellt.

Syrien

Zivilisten in Folge eines Luftangriffs getötet

Die staatliche Nachrichtenagentur SANA meldete zwei Todesopfer bei einem mutmaßlich israelischen Luftangriff am 24.11.21 auf militärische Ziele im Gouvernement Homs. Ein Sprecher des syrischen Militärs sagte, das eigene Raketenabwehrsystem hätte weitere Geschosse abfangen können.

Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete unterdessen, dass bei dem Angriff zwei Kämpfer getötet worden seien, die mit der libanesischen Hisbollah assoziiert wären. Dazu kämen zwei zivile Opfer, die in der gleichnamigen Gouvernementshauptstadt Homs von herabfallenden Teilen des syrischen Raketenabwehrsystems getroffen worden seien.

Soldat an türkisch-syrischer Grenze getötet

Das türkische Verteidigungsministerium berichtete am 26.11.21, dass ein Militärangehöriger bei dem Versuch, Personen an der unerlaubten Grenzüberquerung nach Syrien zu hindern, schwer verletzt worden sei. Er erlag wenig später an Schussverletzungen im Krankenhaus der Provinzhauptstadt Kilis.

USA lockern Sanktionen für Hilfsorganisationen in Syrien

Das US-amerikanische Finanzministerium gab in einer Stellungnahme vom 24.11.21 bekannt, einige der Bestimmungen des sogenannten Caesar Act zu ändern. Der nach einem desertierten syrischen Militärfotografen benannte Gesetzesakt ist 2019 verabschiedet worden und erlaubt es, Sanktionen gegen Personen oder Organisationen, zu verhängen, die mit der syrischen Regierung zusammenarbeiten.

Für NGOs, die gemeinnützige Projekte in Syrien betreiben, bedeuten die neuen Änderungen, dass es fortan wieder möglich ist, alltägliche Transaktionen mit der Regierung oder mit ihr nahestehenden Firmen zu betreiben. Dazu gehört z.B. der Erwerb von Treibstoff oder Heizöl aus Regierungsgebieten.

Türkei

Demonstrationen gegen die Wirtschaftskrise

Am 23.11.21 fanden in verschiedenen Städten der Türkei Proteste gegen die Wirtschaftskrise und die hohen Lebenshaltungskosten statt. Die Demonstrierenden forderten die Regierung zum Rücktritt auf. Auslöser für die Proteste war eine weitere Abwertung der Lira, die nach der Zinssenkung der Zentralbank um 100 Basispunkte innerhalb von einer Nacht um 15 % abgewertet wurde. Laut Medienberichten hat die türkische Lira allein im November 2021 insgesamt 32 % an Wert eingebüßt. In Ankara soll die Polizei versucht haben, Demonstrierende an der Teilnahme zu hindern. So sollen Demonstrierende, die sich auf dem Campus der Middle East Technical University versammelt hatten, von der Bereitschaftspolizei durch den Einsatz von Tränengas aufgehalten worden sein. Allein in Istanbul sollen mindestens 73 Demonstrierende festgenommen worden sein. In den Istanbuler Bezirken Avclar und Bakırköy teilte die Polizei Demonstrierenden mit, dass die örtlichen Gouverneursämter die Demonstrationen für einen Monat verboten hätten. In Zusammenhang mit den Protesten wurden am 24.11.21 Ermittlungen gegen 271 Social-Media-Nutzende eingeleitet, die Beiträge über den jüngsten Kursverfall der Lira geteilt hatten. In einer von der Polizei veröffentlichten Erklärung heißt es, die betreffenden Social-Media-Nutzenden hätten die Öffentlichkeit zu Hass und Feindseligkeit aufgestachelt, Fake News und „manipulative“ Nachrichten verbreitet sowie Menschen auf der Straße zu physischer Gewalt aufgerufen.

Demonstrationen am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen kam es in mehreren Städten am 25.11.21 zu Protesten. Hunderte Demonstrierende versammelten sich trotz starker Polizeipräsenz u.a. auf dem Istanbuler Taksim-Platz, um gegen die jüngste Reihe von Femiziden und die zunehmende Gewalt gegen Frauen und LGBTIQ-Personen zu protestieren. Als Demonstrierende versuchten, die von der Polizei errichteten Straßensperren zu durchbrechen ging die Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen gegen die Demonstrierenden vor. In der südöstlichen Provinz Diyarbakir griff die Bereitschaftspolizei in die Demonstration ein und ging gewaltsam gegen mehrere Frauen vor.

Verhaftung mutmaßlicher Gülen-Mitglieder

Am 23.11.21 erklärte die Polizei, bei Razzien in mehreren Städten in der Türkei mindestens 132 Personen festgenommen zu haben, die im Verdacht stehen, Verbindungen zur Gülen-Bewegung zu haben. Bei den Verdächtigten handelt es sich um entlassene Kadetten und Soldaten sowie Soldaten im aktiven Dienst und Angestellte der Jendarma.

Venezuela

Ergebnisse der Parlaments- und Regionalwahlen, Vorläufiger Bericht der EU-Wahlbeobachtungskommission

Laut Angaben des Obersten Wahlrates (Consejo Electoral de Venezuela, CNE) gewann die Regierungspartei Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) bei den Parlaments- und Regionalwahlen am 21.11.21 insgesamt 19 der 23 Gouverneursposten sowie die Mehrheit der Bürgermeisterämter. Zwar hat die stark zersplitterte Opposition zum ersten Mal seit 2018 wieder an den Wahlen teilgenommen, dennoch blieb die Wahlbeteiligung mit knapp unter 42% sehr niedrig, auf diversen Posten profitierte die Regierungspartei von der Spaltung des Oppositionsparteienspektrums. Aktuell ist nur noch die finale Auszählung und Bestimmung des Gouverneurpostens von Barinas ausstehend, die durch eine am 29.11.21 ihre Arbeit aufnehmende Kommission zwischen den Kandidaten Freddy Superlano (Mesa de la Unidad Democrática, MUD) und dem Bruder des verstorbenen Hugo Chávez, Argenis, (PSUV) geklärt werden soll. Wenngleich die Wahlen auf nationaler Ebene in weiten Teilen friedlich abliefen, kam es laut Insight Crime zu lokalen Übergriffen und Gewaltausbrüchen in besonders umkämpften Bundesstaaten wie Zulia, Táchira und vereinzelt Lara durch regierungstreue Colectivos. Im Bundesstaat Zulia wurde ein Mann vor einem Wahllokal erschossen, NGOs berichteten zudem von Unregelmäßigkeiten und der Einschränkung der Berichterstattung. Während der vorläufige Bericht der EU-Wahlbeobachtenden vom 23.11.21 von einigen Verbesserungen des Wahlprozesses im Vergleich zu vorherigen Wahlen sprach sowie die Besetzung zweier Stellen des CNE durch die Opposition positiv hervorhob, mahnte er gleichzeitig strukturelle Defizite wie „die willkürliche politische Disqualifizierung von Kandidaten [auf dem Verwaltungsweg], den ungleichen Zugang zu den Medien und die unausgewogene Verwendung staatlicher Mittel während des Wahlkampfes“ an. Auch Einschränkungen der Meinungs- und Informationsfreiheit trugen zur Unterminierung der Transparenz der Wahlen bei.

Zentralafrikanische Republik

Verhafteter Minister freigekommen

Nach seiner Festnahme im Auftrag des Spezialgerichts CPS am 19.11.21 wegen des Vorwurfs von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (vgl. BN v. 22.11.21) hätte der Minister für Viehzucht und Tiergesundheit, Boubou Ali Hassan, am 26.11.21 dem Gericht vorgeführt werden sollen. Laut Medienberichten wurde dies jedoch verhindert. Stattdessen eskortierte ihn die Polizei zu seinem Haus. In einer Stellungnahme habe das Gericht dies als Angriff auf die Unabhängigkeit bzw. das ordnungsgemäße Funktionieren der Justiz verurteilt.

Schwere Vorwürfe in Medien gegen russische Söldner

Regionale bzw. einheimische Medien berichten von erneuten schweren Vorwürfen gegen russische Söldner (vgl. BN v. 12.04.21 u. 20.09.21). Am 14.11.21 sollen sie bei einem Vergeltungsangriff auf Bergbauarbeiter in der Nähe des Dorfes Kouki (Präfektur Ouham) mindestens 19 Personen getötet und dazu Unterkünfte und Läden

gebrandschatzt haben. Vorangegangen sei der Tod von mindestens vier russischen Söldner als ihre Patrouille in einen Hinterhalt aus Sudan kommender Wilderer geraten sei.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de